

## Absurdität des Behördenverhaltens

*Zum Artikel „Flüchtlinge wieder im Südwesten“ vom 28. November 2005:*

Der Artikel macht betroffen, weil er in aller Deutlichkeit die unmenschliche Abschiebep Praxis der Landesregierung beleuchtet. Die Angehörigen ethnischer Minderheiten (Roma und Ashkali) wurden in ihrer Heimat systematisch verfolgt und sind dort auch heute laut UN-Flüchtlingskommission extrem gefährdet. Sie sind meist schon länger als zehn Jahre bei uns, ihre Kinder sind hier geboren, gehen hier zur Schule, sind also hier integriert. Abschiebung bedeutet für sie Gefahr für Leib und Leben und Perspektivlosigkeit. Eine zweite Vertreibung. Die ständige Angst vor Abschiebung macht Betroffene krank. Es ist menschenverachtend und auch töricht, was Behörden in unserem Land, das sich neben Bayern am abschiebewütigsten verhält, mit Flüchtlingen machen, wie zwei Beispiele aus unserer Gegend belegen:

– Da ist eine Mutter, Roma aus dem Kosovo, die mit ihren fünf Kindern nach Serbien abgeschoben wird; ihr Mann, ebenfalls Roma, hat zu diesem Zeitpunkt Arbeit, kommt für den Familienunterhalt auf, wird aber nicht abgeschoben, weil er asylrechtlich anders „einsortiert“ wird. Die Frau schlägt sich völlig mittellos und ohne Unterstützung von dortigen Behörden durch Serbien-Montenegro, landet schließlich im Kosovo und erleidet dort die schlimmsten Misshandlungen. Auf abenteuerlichem Weg gelingt ihr die zweite Flucht nach Deutschland und ist hier, mittlerweile psychisch am Ende, von einer erneuten Abschiebung bedroht.

– Da ist der junge Familienvater, Roma aus Bosnien, mit vier Kindern, der 2003 ohne Familie abgeschoben wurde, wieder zurückkam und nun wieder allein abgeschoben werden sollte, was zum Glück in letzter Minute verhindert wurde. Alles, was die Familie will, ist, nicht getrennt zu werden. Eine gemeinsame freiwillige Ausreise nach Bosnien scheitert an der Unmöglichkeit, Einreisepapiere für die aus dem Kosovo stammende Ehefrau zu bekommen. Die ganze Absurdität des Verhaltens der Behörden: Der Mann könnte arbeiten und seine Familie unterhalten, darf dies aber aufgrund eines Arbeitsverbots durch die Ausländerbehörde nicht, obwohl sein früherer Arbeitgeber ihm eine Wiedereinstellung zugesagt hat, die Familie muss nun von Sozialhilfe leben.

Am 8. und 9. Dezember treffen sich die Innenminister des Bundes und der Länder unter Vorsitz des baden-württembergischen Innenministers Rech. Auch dabei geht es um Flüchtlinge aus Krisengebieten. Es wäre ein Gebot der Menschlichkeit, schon lange hier lebenden und bei uns integrierten Flüchtlingen ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren.

*Günther Flößer, Backnang AK Asyl Backnang. – Klaus Peter Metzger, Oppenweiler; Pfarrer und Beauftragter für Flüchtlinge und Migration im Evangelischen Kirchenbezirk Backnang*

*Backnanger Kreiszeitung*

*3.12.2005*